

LINKS AG

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
160 · Ausgabe AG · Februar 2016

SP

WIEDER ALSTOM

Es gibt Dinge, die einen (zu) lange begleiten.

Im Frühjahr 2000 übernahm Alstom den Kraftwerkbau von ABB. Schon im Winter 2002/2003 wurde der Abbau von rund 400 Stellen angekündigt. Als im August 2003 der französische Staat in einer Rettungsaktion einen Drittel von Alstom übernahm, befürchtete die Belegschaft das Schlimmste. Ich war damals Präsident des Aargauischen Gewerkschaftsbundes. Zusammen mit den Arbeitnehmendenverbänden setzte ich mich bei Regierungsrat und Bundesrat für den Standort Aargau ein. Mit Erfolg, doch die Unsicherheit blieb. Im Oktober 2010 erreichte mich – damals als Regierungsrat – in meinen Ferien der Telefonanruf des Alstom-Präsidenten: 760 Stellen sollten im Aargau abgebaut werden. Und nun der 13. Januar 2016: 1300 Stellen sollen es diesmal sein – so die neue Eigentümerin General Electric GE.

Dass Alstom trotz aller Hiobsbotschaften ein grosser Arbeitgeber im Aargau geblieben ist, liegt an der Qualität der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unserem Kanton. Auch GE wird dort investieren, wo das nötige Know-how zu finden ist, wo Innovationen und Ideen entwickelt werden, wo im wirtschaftlichen Umfeld Kooperationen entstehen. Deshalb müssen wir – über alle Sofortmassnahmen zum Erhalt der GE-Arbeitsplätze hinaus – alles daran setzen, den Aargau als Innovations-Hotspot zu erhalten und weiterzuentwickeln. Investitionen in Bildung und Forschung, Hightech Aargau und der Park innovAARE beim PSI sind wichtige Elemente dazu. Der Kanton darf nicht bloss zuschauen.

Urs Hofmann von Aarau
ist Aargauer
SP-Regierungsrat.

Der Aargau braucht mehr Sozialdemokratie!

Cédric Wermuth
von Zofingen ist
SP-Nationalrat
und Co-Präsident
der SP Aargau.



Im Aargau zeigt sich, was passiert, wenn man die neoliberalen Zauberlehrlinge walten lässt: Mit Steuergeschenken an Reiche und Unternehmen hat die rechte Mehrheit die Kantonsfinanzen an die Wand gefahren. Die Folge: Unser Kanton stagniert in fast allen wichtigen Politikbereichen und die Bevölkerung wird in den kommenden Jahren den Schlamm mit Leistungsabbau und höheren Steuern ausbaden dürfen. Das kann nicht die Zukunft sein für den Aargau – darum braucht es dringend eine gestärkte Linke nach den Wahlen vom 23. Oktober.

Betrachtet man die politische Ausgangslage, zeigt sich allerdings schnell: Dieses Unterfangen wird nicht einfach. Der

Trend der nationalen Wahlen überträgt sich fast immer direkt auf das kantonale Ergebnis. Die einzige Ausnahme in den letzten Jahren bilden die Wahlen 2011, als der ausserordentlich erfreuliche Effekt der ersten Ständeratskandidatur von Pascale Bruderer ein schlechteres Ergebnis der Partei verhindern konnte. Für die Gross- und Regierungswahlen in diesem Jahr verheisst das wenig Gutes. Und tatsächlich: Wenn wir alle zusammen nicht einen ausserordentlichen Effort leisten, droht auch in diesem Herbst eine Niederlage. So weit darf es nicht kommen!

Die SP Aargau ist deshalb entschlossen, das Ruder herum zu reissen. Geschäftsleitung und Parteirat haben dazu ein sehr ambitioniertes Programm für den Wahlkampf erarbeitet. Kern der Wahlkampagne bildet wie letztes Jahr die Basis-Telefonkampagne. Sie soll dort anknüpfen, wo unsere Stärke und unsere Chance liegt: Im persönlichen Umfeld unserer Mitglieder und Kandidat_innen. Wenn es um Plakate oder Inserate geht, können

wir mit den Budgets der rechten Parteien nicht mithalten. Wir müssen deshalb den Mut wieder aufbringen, an unserem Arbeitsplatz, in der Familie, bei unseren Freunden über Politik zu sprechen und die Menschen für unsere gemeinsame Idee zu begeistern.

Aus diesem Grund haben wir uns auch entschieden, uns mit Hinblick auf diese Wahlen programmatisch zu erneuern. Aktuell debattiert die Geschäftsleitung über einen Entwurf für die Wahlplattform 2016, welche wir am ordentlichen Parteitag am 11. Juni (Achtung: neues Datum) gemeinsam beraten und verabschiedet werden. Anschliessend wollen wir unsere Inhalte direkt an die Frau und den Mann bringen. An mehreren Aktionstagen stehen wir gemeinsam überall im Aargau auf der Strasse.

Dieser Wahlkampf wird für die SP Aargau matchentscheidend: Gemeinsam müssen wir das Ruder herumreissen – für einen Aargau für alle statt für wenige!

AUS DEM GROSSEN RAT

Diese Politik schadet dem Aargau

DIE RECHTSKONSERVATIVE MEHRHEIT IM GROSSEN RAT IST NICHT LERNFÄHIG. VOR WEIHNACHTEN HAT SIE IN DER BERATUNG DES BUDGETS 2016 NOCH EINEN DRAUFGESETZT: EINMAL MEHR WURDE EIN «ENTLASTUNGSPAKET» MIT MASSIVEM LEISTUNGSABBAU FÜR DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER GESCHNÜRT.

Dieter Egli von Windisch ist Copräsident der SP-Grossratsfraktion und Mitglied der Geschäftsleitung der SP Aargau.



Wie gewohnt hat die bürgerliche Mehrheit in der Budgetdebatte das bekannte Einnahmenproblem unseres Kantons, verursacht durch Steuersenkungen für Reiche in den letzten Jahren, verschwiegen. Das ist ein schlechter Start ins neue Jahr: Wir müssen einmal mehr bei Bildung, Sicherheit und Lebensqualität verzich-

ten. Und das Personal geht wieder leer aus. Der Aargauer Politik ist die Zukunft ihres Kantons offensichtlich egal.

Neue Abbaurunde droht

Dabei hält sie nicht einmal das Versprechen eines ausgeglichenen Haushalts: Auch dieses Jahr strebt die rechtskonservative Mehrheit eine Abbaurunde an, obwohl jedermann weiss, dass diese neoliberale Politik gefährlich, selbstzerstörerisch und eine bewusste Täuschung der Bevölkerung ist. Zwei Beispiele:

Im Januar 2016 reichen bürgerliche Grossrätinnen und Grossräte aus kleinen Gemeinden einen Vorstoss ein, der verlangt, dass vorerst keine Schulen aufgrund

der neuen Klassenmindestgrößen geschlossen werden dürfen – 2015 aber hat die bürgerliche Mehrheit der «Sparmassnahme» Vergrößerung der Schulklassen zugestimmt. Ist das nur absurd? Oder ist es Kalkül? Stimmt man dem Abbau zu, um sich dann flugs als Lokalheld im eigenen Dorf dagegen zu wehren?

Nach den weltweiten Terroranschlägen und einem tragischen Verbrechen im Aargau verlangt der Chefredaktor der Aargauer Zeitung im Wochenkommentar mehr polizeiliche Sicherheit. Der Aargau aber hat im Dezember entschieden, aus Kostengründen die uniformierte Präsenz abzubauen. Warum schwieg die Zeitung vor der Bud-

getverhandlung dazu und stellt erst jetzt einmal mehr fest, dass der Aargau den Schweizer Rekord mit dem kleinsten Polizeikorps hält?

Was heisst das für die SP?

Während Rechts mit Ausländerhutz und Migrationslamenten auf die Aargauer Wahlen hin von der Finanzmisere ablenken will, müssen wir auf all diese Tricksereien und deren fatale Folgen hinweisen – immer dann, wenn es die Leute zu schmerzen beginnt. Dann müssen wir detailliert zeigen, welche Grossrätinnen und Grossräte im Parlament für welche «Sparmassnahme» gestimmt haben und wie zynisch sie das begründet haben. Und na-

«DURCHSETZUNGSINITIATIVE»

Volksrecht oder Ende des Rechts

DIE INITIATIVEN DER SVP WERDEN IMMER GEFÄHRLICHER. KONNTE MAN ÜBER EINE MINARETTVERBOTSINITIATIVE ANGESICHTS DER EINZIGEN DREI IN DER SCHWEIZ STEHENDEN MINARETTE NOCH EINFACH DEN KOPF SCHÜTTELN – IMMERHIN VERLETZT DIE INITIATIVE ABER DAS VERFASSUNGSRECHT DER RELIGIONSFREIHEIT –, SO WURDE ES MIT DER VERWAHRUNGS-, DER AUSSCHAFUNGS-, DER DURCHSETZUNGS- BIS ZUR MASSENEINWANDERUNGSINITIATIVE ZUNEHMEND TOXISCHER.

Katharina Kerr von Aarau ist Redaktorin links.ag.



Immer weiter treibt die SVP mit Initiativen, die unseren Rechtsstaat aushebeln wollen, die Schweiz in nationale und internationale Probleme. Den Boden für solche Vorstösse, die unser von den Stimmberechtigten einst legitimierte Recht angreifen, legt diese Partei schon lange

mit Sprachtricks wie «links und nett», der Verhöhnung des politischen Gegners, der Infragestellung von rechtsstaatlichen Institutionen wie Parlamenten und Gerichten und überhaupt mit einem respektlosen und letztlich menschenfeindlichen Spott, der keine Person oder Instanz verschont.

Über die «Durchsetzungsinitiative» (DI), die keine Durchsetzung, sondern eine wesentliche Verschärfung der Ausschaffungsinitiative will, wurde in letzter Zeit viel geschrieben, vieles auch von Richtern. Aber wer von den Abstimmenden versteht diese klugen richterlichen Erwägungen, die meist von der Gewalt-

teilung¹ ausgehen? Was diese Errungenschaft der Aufklärung bedeutet, wissen die meisten nicht, wie ich immer wieder feststelle, ebenso wenig, dass sie ihre bürgerlichen Rechte, auch das der Verteidigung im Anklagefall, genau dieser verdanken. Gut zu wissen ist auch, dass das Völkerrecht, das hier mit angegriffen wird, allen nützt, auch denen, die jetzt so gegen dieses poltern. «Der Ausbau des Völkerrechts auf Basis der Menschenrechte ist eine der grössten Errungenschaften seit dem Zweiten Weltkrieg. Dieser Ausbau war eine Reaktion auf die Verabsolutierung der Nation im Nationalsozialismus», schreibt der Basler Ethikprofes-

sor Christoph Stückelberger². Er findet, «Absolutismen führen zur Diktatur». Dessen sind sich die zu vielen Unterstützer und -innen der SVP wohl kaum bewusst. Sie sind aber schnell beleidigt, wenn ihre mangelnde Kenntnis von Gesetz und Geschichte vorgeführt wird, wie das der kluge DOK-Film von Karin Bauer³ tat – die online Kommentare dazu sind erschreckend.

Die SVP-Propaganda verspricht mehr Sicherheit mit der DI. Das ist den Leuten Sand in die Augen gestreut. Die «Durchsetzungsinitiative» muss abgelehnt werden. Sie ist unmenschlich, indem sie Secondos ohne jeden Bezug zum Heimatstaat

NACHRICHTENDIENSTGESETZ

Noch mehr Schnüffelstaat

AN DER LETZTEN DELEGIERTENVERSAMMLUNG DER SP SCHWEIZ WURDE MIT GROSSER MEHRHEIT DIE UNTERSTÜTZUNG DES REFERENDUMS GEGEN DAS NACHRICHTENDIENSTGESETZ (NDG) BESCHLOSSEN. DIESES IST NUN MIT FAST 70 000 UNTERSCHRIFTEN ZUSTANDE GEKOMMEN.

türlich müssen wir belegen, dass wir in den letzten Jahren immer gegen den Abbau gekämpft haben. Auch wenn wir das Gefühl haben, dass wir dies schon zum tausendsten Mal erzählen – erst dann beginnen die Menschen (vielleicht) zu begreifen.

Langsam beginnt man in der Mitte, jenseits der beiden rechtskonservativen Parteien, zu fragen, wie lange der schädliche Abbau noch weitergehen kann. Diese Verunsicherung müssen wir aufgreifen, denn solche Fragen können wir beantworten. Und wir müssen noch klarer machen: Wir wollen einen Aargau, der zwar etwas kostet, uns allen aber auch viel bietet. Der Wahlkampf hat begonnen!



Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben uns mit gutem Grund schon immer gegen die verdachtsunabhängige und massenweise Überwachung der Bürgerinnen und Bürger durch staatliche Geheimdienste gewehrt. Auch hat uns die Geschichte gelehrt, dass jeder Versuch, Schnüffelbehörden zu kontrollieren, letztendlich ins Leere läuft. Erinnern wir uns zum Beispiel an die Neuauflage des Fichenskandals im Jahr 2010, als der Geheimdienst bereits wieder über Jahre hinweg 200 000 illegale Überwachungsdatensätze angelegt hatte. Und dies, obwohl mit der Geschäftsprüfungsdelegation des Parlaments eine Kontrollinstanz tätig war.

Das vorliegende Gesetz will den Nachrichtendienst nicht in die Schranken weisen, wie immer behauptet wird, sondern massiv ausbauen. So soll durch

die Möglichkeiten der so genannten Kabelaufklärung eine Art Mini-NSA (NSA: National Security Agency, USA-Geheimdienst) eingerichtet werden, um den Internet-Verkehr legal überwachen zu können. Das Gesetz sieht zwar vor, dass nur der grenzüberschreitende Internetverkehr erfasst wird, und erweckt so den Eindruck, dass die Nutzerinnen und Nutzer in der Schweiz nicht davon betroffen sind. Es gibt aber kein rein schweizerisches Internet. Auch wenn sich alle Kommunikationspartner innerhalb der Schweiz befinden, ist die Wahrscheinlichkeit gross, dass Daten über Leitungen und Server im Ausland geleitet und somit vom Nachrichtendienst angezapft werden können.

Dieses Nachrichtendienstgesetz wird uns kein Jota mehr Sicherheit bringen.

Ein weiteres Problem stellen die so genannten Staatstrojaner dar. Dabei handelt es sich um Programme, die den Computer von «Zielpersonen» mit einer Art Software-Virus befallen und so deren Überwachung ermöglichen. Dazu muss man wissen, dass solche Software vor allem darum funktioniert, weil es einen Schwarzmarkt von Hackern für geheime Sicherheitslücken gibt. Der Staat unterstützt so absurderweise auf der einen Seite die Nachfrage nach illegalen Produkten und Dienstleistungen, die er auf der anderen Seite bekämpft. Kommt hinzu, dass diese Software dem Missbrauch durch die Geheimdienste Tür und Tor öffnet. So weist zum Beispiel die Firma, die dem Kanton Zürich einen Staatstrojaner geliefert hat, in ihren Unterlagen ausdrücklich darauf hin, dass es möglich ist, Dateien (wie falsche Beweismittel) auf den Zielcomputer einzuschleusen.

Dieses Nachrichtendienstgesetz wird uns kein Jota mehr Sicherheit bringen, sondern vor allem mehr Misstrauen auf allen Ebenen. Es droht eine sinnlose Aufrüstung, denn es ist völlig klar, dass sich Menschen, die terroristische Aktivitäten planen, nicht von solchen Massnahmen aufhalten lassen. Am Ende sind wir alle überwacht und die Gewalt ist immer noch da. Wenn wir wirklich etwas tun wollen, um diese Welt sicherer zu machen, dann müssen wir in die globale soziale Gerechtigkeit investieren – bestimmt nicht in den Schnüffelstaat.

Andreas Von Gunten von Kölliken hat am Internet-Positionspapier der SP Schweiz mitgearbeitet und ist Mitglied der Digitalen Gesellschaft, die das Referendum gegen das Nachrichtendienstgesetz mit lanciert hat.

sstaats?

wegen geringfügiger Vergehen ausschaffen will. Sie führt, wie sich immer mehr zeigt, zu Auslegungsproblemen und damit zu hohen Gerichtskosten, sie widerspricht der Bundesverfassung, unserem Recht und der Gewaltenteilung, und sie widerspricht dem Völkerrecht. Sie erfasst wichtige Straftaten wie Zwangsheirat und Vorbereitung zu schweren Gewaltverbrechen nicht. Sie trägt zum Abbau unseres Rechtsstaates bei. Mehr Sicherheit bringt sie nicht. Und sie ist gar nicht umsetzbar.

¹ Montesquieu: De l'esprit des loix (1748), dt. Vom Geist der Gesetze. Darin zeigte der Autor, Philosoph und Staatsrechtler Montesquieu, dass die Grundlage der bürgerlichen Freiheit erst gegeben ist, wenn Volk und Legislative, Exekutive und Gerichte voneinander unabhängig handeln können.

² im Tages-Anzeiger vom 20. Januar 2016

³ Karin Bauer: Die Macht des Volkes. DOK-Film SRF. Erstsendung 17. Dezember 2015.



KOMMENTAR



Weg mit dem Tanzverbot!

Auch wenn das Tanzen vor hohen christlichen Feiertagen im Aargau inzwischen erlaubt ist, bleibt ein Verbots-Überbleibsel im Gastgewerbegesetz von 1998 hängen. So heisst es aktuell darin: «An Karfreitag, Ostersonntag, Pfingstsonntag, am Eidgenössischen Dank-, Buss- und Betttag, am Weihnachtstag sowie am jeweils darauf folgenden Tag sind die Gastwirtschaftsbetriebe um 0.15 Uhr zu schliessen.» Eine solche Regelung mag früher sinnvoll gewesen sein, als fast die gesamte Bevölkerung an christlichen Feiertagen die Kirche besuchte, doch dies ist heute anders. Zum einen bleibt die grosse Mehrheit der Kirche fern, und zum anderen stört eine bis um 2 Uhr geöffnete Bar kaum jemanden, der in die Kirche will. Denn Ruhestörungen gibt es so oder so, und sie sind auch umso wahrscheinlicher, je früher die Menschen auf die Strasse gestellt werden. Die Initiative «Weg mit dem Tanzverbot!» will den alten Zopf nun endlich abschneiden. Dies ist auch dringend nötig, denn ein solches Gesetz ist nicht mehr zeitgemäss. Es passt nicht in einen fortschrittlichen und aufgeklärten Kanton Aargau. Im Gegensatz zu den meisten anderen Kantonen ist der Aargau hier ein Nachzügler. Gerade an den Tagen vor den hohen Feiertagen und verlängerten Wochenenden ist das Bedürfnis bei der Jugend, in den Ausgang zu gehen, am grössten. Für viele bleibt dann nichts anderes übrig, als in einen benachbarten Kanton ohne solch altertümliches Gesetz zu gehen. Sagen wir deshalb JA zu dieser Initiative für einen modernen Kanton Aargau und für die Jugend dieses Kantons!

Sascha Antenen von Zofingen ist SP-Einwohnerat und politischer Sekretär der SP Aargau.



Auf der Balkanr

DER HISTORIKER UND SEKUNDARLEHRER STEFAN DIETRICH ENGAGIERT SICH BERUFLICH UND PRIVAT IN DER FRIEDENSFÖRDERUNG. DIE HIMMELSCHREIENDE SITUATION DER FLÜCHTLINGE AUF DER BALKANROUTE HAT IHN ZUM DIREKTEN HANDELN GETRIEBEN, BEI DEM ER VON HELFERINNEN UND HELFERN UNTERSTÜTZT WIRD. ER KENNT DIE REGION ENTLANG DER BALKANROUTE, VERFÜGT ÜBER SEHR GUTE LANDES- UND SPRACHKENNTNISSE UND VERTRAUENSWÜRDIGE KONTAKTE VOR ORT.



Stefan Dietrich von Bremgarten ist Präsident der SP Sektion Bremgarten-Zufikon und der SP Bezirk Bremgarten.

Flüchtlingskrise und Krise Europas

Ende Sommer 2015 verschlechterte sich die politische Lage im Nahen Osten und in Syrien dramatisch. Eine immer grössere Zahl an Menschen floh vor Krieg und Gewalt Richtung Europa. Immer öfter ertranken Menschen, darunter viele Kinder, vor griechischen und türkischen Badestränden. In den letzten Jahren und Jahrzehnten schaute Europa weg, versteckte sich hinter «Dublin» und liess Italien, Ungarn und die Balkanstaaten, wo die Flüchtlinge landeten, in Stich. Wer aber kann heute noch teilnahmslos bleiben?

Das selbstgefällige und ignorante Gerede vieler europäischer Politiker zeigt eine Überforderung, aber auch den mangelnden Willen, schnell und unkompliziert den fliehenden Menschen zu helfen. Die Flüchtlingskrise hält Europa, hält uns den Spiegel vor. Immer deutlicher treten Widersprüche und Spannungen innerhalb Europas unter den wieder erstarkten Nationalstaaten hervor. Es geht um ein «jeder für sich» hinter Stacheldraht und nicht mehr um ein gemein-

sames Miteinander in einem europäischen Haus.

Helfen – aber wie?

Im Alltag, in der Familie, in der Arbeit und in der Freizeit sprachen wir über den Krieg in Syrien und die vielen Menschen, die mit allen Mitteln und um jeden Preis versuchen, nach Mitteleuropa zu gelangen. Im September wurde ich gefragt, ob ich nicht aktiv mithelfen möchte. Für mich war damals eine direkte und schnelle Hilfe wichtig. Der Radius sollte nicht viel weiter als bis Belgrad, etwa 1300 km in eine Richtung, gehen und an einem verlängerten Wochenende mit einem Transporter machbar sein. Zunächst aber wollte ich mir ein persönliches Bild vor Ort machen. In den Herbstferien fuhr ich mit meiner Familie die sogenannte «Balkanroute» gegen Süden, über Österreich, Slowenien und Kroatien nach Serbien. In Belgrad kontaktierte ich Freunde und Bekannte, die ich noch aus den 1990ern gut kannte, in Serbien, Kroatien und Slowenien. Die Hauptfluchtroute hatte sich verlagert, weil Ungarns nationalistische Orban-Regierung einen Stacheldrahtzaun entlang der Grenze zu Serbien und später auch zu Kroatien errichtet hatte. Dramatische Szenen spielten sich ab, als Flüchtlinge versuchten, über den Zaun zu gelangen.

Help Now!

Nach unserer Rückkehr in die Schweiz gründete ich gemeinsam mit drei sehr engagierten jungen Frauen den Verein «Help Now!»



oute

mit Sitz in Bremgarten. Aus verschiedenen Privatinitiativen entwickelt sich seither eine kleine Hilfsorganisation, deren Ziel es ist, in der gegenwärtigen Krise möglichst direkt vor Ort zu helfen. Unser Radius hat sich seither stets erweitert. Die Vereinsform sollte uns helfen, transparent, effizient und planbar zu arbeiten. Dies wurde notwendig, da wir von einer Welle der Solidarität richtiggehend überrannt wurden. Auf die ersten lokalen Presseberichte hin erhielten wir zahlreiche Rückmeldungen. Die einen wollten etwas Praktisches tun, die anderen bei einem Transport mitfahren oder brachten uns Kleider- oder Geldspenden vorbei. Ursprünglich sammelten wir Winterkleidung in einer Kindertagesstätte in Bremgarten. Schon bald wurden diese Räume zu eng. Auf einen Zeitungsartikel hin meldete sich der Unternehmer Rainer Meindl, der uns seine Werkstatt in Berikon zur Verfügung stellte. Seither kann man dort Sachspenden abgeben. Dort haben wir auch sortiert, verpackt und unsere Fahrzeuge beladen. Rainer Meindl und der im Maschinen- und Werkzeughandel tätige Peter Göbelbecker stellten uns je einen ihrer Transporter zur Verfügung und fuhren persönlich mit. Auch im Februar sind beide wieder mit dabei.

Hilfsaktionen

Bisher haben wir drei Hilfsaktionen organisiert. Die vierte ist in Planung. Da sich die Situation stetig und schnell ändert, versuche ich mich gut auf die Hilfsaktionen vorzubereiten, um möglichst flexibel sein zu können. Hilfe aus der Schweiz konnten wir bisher in den Transitlagern in Slavonski Brod (Kroatien) und Dobova (Slowenien) überbringen. Mit Grosseinkäufen vor Ort konnten wir am „Miksalište“ in Belgrad und in Šid (Serbien), Dobova und Triest (Italien) helfen. Anfang Februar geht es wieder an die Balkanroute. Bisher transportierten wir warme Kleidung

und übergaben sie an Flüchtlinge und Helfer in den Flüchtlingslagern. Mit den gesammelten Spenden aus der Schweiz konnten wir in Kroatien und vor allem in Serbien mehrere Tonnen an Lebensmitteln und Hygieneartikeln einkaufen. Der Abtransport vor Ort stellte uns aufgrund der grossen Mengen vor neue Herausforderungen.

Bewegende Erfahrungen

Bilder und Erfahrungen aus dem jugoslawischen Bürgerkrieg der 1990er Jahre haben sich mir eingepreßt. Manche Szenen auf der Balkanroute erschienen mir nun wie ein Déjà-vu. So im November und Dezember 2015, als wir in Dobova (Slowenien) erlebten, wie Flüchtlinge, mehrheitlich aus Syrien, zwischen Metallgattern durch getrieben und in Busse Richtung Österreich verladen wurden. Kleine Kinder, Kopf und Blick nach unten gerichtet, wurden herrisch angegangen und in einen Bus geschoben. Offensichtlich übermüdete und mit Sicherheit traumatisierte Erwachsene wurden angeschrien, Familien beim Einsteigen getrennt. Es herrschte Verwirrung und Panik unter den Flüchtenden, die nicht wussten, was los war und wie es weiter gehen sollte. Immer wieder waren Schreie der schwer bewaffneten Polizisten und Militärs zu hören.

In den alten Silos von Triest, mitten im Stadtzentrum, trafen wir etwa hundert junge mehrheitlich aus Afghanistan stammende Männer an. Sie lebten dort in selbstgebastelten Hütten und erhielten keine Unterstützung durch das offizielle Triest. Was ich damals nicht wusste: Nicht alle Flüchtlinge waren erst auf der Balkanroute angelangt und dann in Triest gelandet. Es gab dort auch junge Männer, die aus der Schweiz ausgeschafft worden waren. Sie lebten in Triest als Obdachlose. Versorgt und betreut wurden sie im November noch von Aktivisten aus Koper in Slowenien. Diese

wurden von Rassisten massiv bedroht. Ihr Engagement war in Triest nicht erwünscht. Aufgefallen ist mir ein etwa 25jähriger junger Mann, Omid, den sein Vater vor zehn Jahren aus Angst, sein Sohn würde von den Taliban entführt oder ermordet, aus Afghanistan weggeschickt hatte. Omid war zehn Jahre unterwegs. Mich beeindruckten seine Sprachkenntnisse, er sprach neun Sprachen fließend, und sein Optimismus. Stolz zeigte er uns ein Dokument, das zeigte, dass er in Italien als Flüchtling anerkannt sei. Dennoch lebte er als Obdachloser in den Silos. Er war gut gekleidet und gepflegt, durfte aber nicht einmal eine öffentliche Toilette am Bahnhof aufsuchen.

Sehr beeindruckt hat mich die grosse Solidarität in der Schweiz und entlang der Balkanroute. Trotz SVP-Propaganda waren die bisherigen Rückmeldungen aus dem Aargau und weit über die Grenzen unseres Kantons hinaus durchwegs nur positiv und die Unterstützung, seien es Sach- oder Geldspenden oder aktive Mitarbeit, überwältigend! Entlang der Balkanroute traf ich auf eine tolle und offene Zusammenarbeit von jungen Menschen, in der Mehrheit Frauen, und dies über alle Grenzen hinweg.

Wie weiter?

Vorerst planen wir nun zwei weitere Aktionen. Am 4. Februar 2016 geht es wieder mit einem Konvoi an die Balkanroute. Dabei werden wir Hilfsgüter auch nach Graz und Triest bringen. Der Schwerpunkt wird auf Slavonski Brod und Dobova liegen. In Zagreb und in Belgrad werden wir mit den Spendengeldern wieder einkaufen und die Lebensmittel und Hygieneartikel in die Lager und nach Belgrad und Šid bringen. Jede Unterstützung ist willkommen.

Weitere Informationen gibt es auf unserer Homepage www.HelpNowSwitzerland.ch

KOMMENTAR



Nein zu noch mehr Transitverkehr durch den Aargau – Nein zur 2. Gotthardröhre

An der Jubiläumsfeier zum 200. Geburtstag des Kantons Aargau wurde selbstkritisch mit grossen rot-weißen Gefahrentafeln mit der Aufschrift «Tankstelle geschlossen» ans Klischeebild des Strassen- und Transkantons angeknüpft, und man reduzierte den Aargau bewusst auf die Autokilometer zwischen Basel, Bern und Zürich.

Auch wenn wir unseren Kanton nicht (nur) als Strassenkanton wahrnehmen: Tatsache ist, das Strassennetz im Aargau zählt zu den dichtesten, und viele kennen unseren Kanton ausschliesslich von der Autobahn her. Wird die Abstimmung am 28. Februar angenommen und die 2. Röhre, der Gotthardstrassentunnel, von 2 auf 4 Spuren ausgebaut, hätte das zur Folge, dass zwei Millionen Transit-Lastwagen die kürzeste (und neu schnellere) Nord-Süd-Achse Europas nutzen würden, doppelt so viele wie heute. Das wäre eine enorme Belastung, auch für unseren Kanton.

Die SP setzt sich seit je für eine Verlagerungspolitik von der Strasse auf die Bahn ein, und auch das Schweizer Volk wollte das mit einem klaren Ja zur Neat. Gütertransport gehört auf die Schiene, das ist vernünftig und verbessert die Verkehrssicherheit. Jede Ausbaupolitik aber ist mitverantwortlich für Verkehrszuwachs. Eine 2. Röhre würde entgegen allen Versprechungen früher oder später ganz für den Verkehr geöffnet.

Setzen wir uns für ein Nein zur 2. Gotthardröhre ein und damit für eine nachhaltige Mobilität und eine fortschrittliche Verkehrspolitik!

Elisabeth Burgener von Gipf-Oberfrick ist Grossrätin und Co-Präsidentin der SP Kanton Aargau

Linke Politik schützt vor Terror

WAS FÜHRTE ZU DEN NOVEMBER-ANSCHLÄGEN VON PARIS? WAS HAT DER ISLAM DAMIT ZU TUN? WELCHE POLITIK BRAUCHT ES NUN? AM 6. DEZEMBER 2015 DISKUTIERTEN DIE SP AARGAU IN BRUGG DAS THEMA MIT ISLAM-SACHVERSTÄNDIGEN.



Florian Vock von Baden ist SP-Grossrat. Er moderierte die Diskussion in Brugg.

Amir Sheikhzadegan, Lehrbeauftragter für Soziologie an den Universitäten Freiburg und Luzern, stellte fest: Der November-Anschlag von Paris hatte eine andere Qualität als bekannte Attentate. Paris sollte nicht als politisches oder ökonomisches Symbol, sondern als Symbol der Lebenslust und des westlichen Hedonismus angegriffen werden. Interessant war auch die Wahl der Waffen: Der IS ist sich der Kraft der Symbole sehr bewusst. Während Selbstmordattentate mit Sprengstoffgürteln auf Terror verweisen, ist die Kalaschnikow ein Zeichen des Krieges. Die anschliessende Kriegsrhetorik von Präsident Hollande zeigte dann, wie wirkungsmächtig dieser Entscheid des IS war. Hollande sollte wissen, dass auf jeden getöteten Terroristen mehr getötete Zivilisten und Flüchtlinge kommen und vor allem eine schwer abzuschätzende Radikalisierung der Überlebenden.

«Nach den Anschlägen von Paris sind plötzlich kulturrassistische Vorurteile salonfähig geworden. Die Verantwortung wird abgeschoben, und die Idee, dass irgendwo, aber sicher nicht hier in Europa, Terror entstanden sei, wird durch Aussagen von Politikern unterstützt», so Cédric Wermuth. Der Terror habe aber mit dem Islam an sich nichts zu tun, sondern, «dass Menschen

nicht in das Versprechen der Republik eingebunden werden und sich darum gegen ihre eigene Gesellschaft wenden.» Die Terroristen waren keine fremden Krieger, sondern Kinder der französischen Republik und des belgischen Staates. Der langjährige Berner Professor für Islamwissenschaft Reinhard Schulze stellte dazu die entscheidende Frage: «Wie kommt es zu den biografischen Entscheidungen Einzelner, Mord als Perspektive zu sehen?»

Das von der ökonomischen Logik beherrschte politische System behandelt einen grossen Teil seiner Bevölkerung, Alte, Asylsuchende, Arbeitslose, als nutzlose Glieder der Gesellschaft. Die Ausgegrenzten sehen dann keinen Sinn mehr in der organisierten Gemeinschaft. Das kann zu biografischen Brüchen, zu Resignation und Abkoppelung führen und macht die Arbeit der Demagogen leicht. Darum, so Schulze, braucht es eine neue Politik: «Politik, wie sie bis jetzt verstanden wurde, kann keinen Konflikt mehr lösen.»

Die Aufgabe linker Politik in unserer Zeit ist es also, kollektive und verbindende Institutionen ebenso zu schützen wie die plurale Gesellschaft – die gemeinsame Einsicht, dass Pluralität unsere Gesellschaft ausmacht und die Wertigkeit jedes einzelnen Menschen zu schützen ist.

Auf eine Frage aus dem vollen Saal, wie mit den Flüchtlingen umzugehen sei, meinte Reinhard Schulze: «Der normale Zustand der Geschichte ist Wanderung. Wir sollten die Menschen, die kommen, nicht als Flüchtlinge oder Migranten betrachten, sondern als Ansiedler und sie sofort in unsere plurale Gesellschaft integrieren. Das schaffen wir am besten über Arbeit und damit, dass auch sie Steuern zahlen und so Teil unserer Solidargemeinschaft werden.»



Samuel Frey



JA ZUM SPEKUSTOPP MIT NAHRUNGSMITTELN!

Menschenleben retten

DIE GESCHICHTE DER MENSCHHEIT WAR SCHON SEIT JE VON HUNGRSNÖTEN GEZEICHNET. HEUTE WÄREN DIESE VERMEIDBAR – WENN SIE NICHT DURCH SPEKULATION ENTSTEHEN. DARUM JA ZUR SPEKULATIONSSTOPPINITIATIVE!



Mia Kicki Gujer
ist Präsidentin
JUSO Aargau und
Vorstandsmitglied
SP Wettingen.

In der Offenbarung Johannis im Neuen Testament galt Hunger neben Krieg, Krankheiten wie die Pest und Tod als einer der vier apokalyptischen Reiter, welche den Weltuntergang ankündigen würden¹. Immer wieder führten Naturkatastrophen, eiskalte Winter oder Kriege zu Missernten, was für die Menschen rund um den Globus Hunger und Elend bedeutete. So vernichteten in den Jahren 1315–1317 sintflutartige Regenfälle in Europa die Ernten, was zusammen mit langen Wintern in Europa zu einer schlimmen Hungersnot führte. Während des so genannten «Grossen Hungers» starben in weiten Teilen Europas insgesamt fast fünf Millionen Menschen während zwei Jahren. Solche Ereignisse wiederholten sich im Laufe der Geschichte auf verschiedenen Erdteilen und verursachten unvorstellbares Elend.

So zerstörerisch die Hungersnöte damals waren, so vermeidbar sind sie auf der heutigen Welt. Dank verbesserten Produktionsweisen konnte erreicht werden, dass mehr als genügend Nahrungsmittel für alle Menschen weltweit zu Verfügung stünden. Doch trotzdem erreichte die Zahl der Hungernden im Jahre 2009 erstmals die Marke von 1 Milliarde Menschen. Noch heute stirbt alle 5 Sekunden ein Kind an den Folgen von Mangel- oder Unterernährung. Das sind mehr als 2,6 Millionen Kinder pro Jahr.

Ernten waren schon immer stark von natürlichen Faktoren beeinflusst. Daher war es auch seit je ein Anliegen der Bauern, sich gegen schlechte Ernten abzusichern. Aus dieser Motivation heraus entstanden die ersten Verträge, in welchen die Abnehmer von Nahrungsmitteln eine gewisse Abnahmemege zu einem bestimmten Preis in der Zukunft garantierten. Dadurch hatten sowohl Käuferinnen als auch Verkäufer eine gewisse Sicherheit über Menge und Preis der Nahrungsmittel. Diese Verträge wurden standardisiert und schliesslich durch Grosskonzerne und Banken an den Börsen gehandelt. Die Konsequenz sind regelmässige Preisblasen, die die Preise von Nahrungsmitteln in kürzester Zeit in die Höhe steigen lassen.

Diese exzessive Spekulation auf Preise von Nahrungsmitteln hat fatale Folgen für Menschen in Schwellenländern. Während wir 10 bis 20 Prozent unseres Einkommens für Essen ausgeben, sind es in den Schwellenländern 60 bis 80 Prozent. So können sich kleine Schwankungen bei den Nahrungsmittelpreisen fatal auf Menschen in diesen Ländern auswirken. Fehlt einer Familie Geld für das Essen, wird diese vielleicht dafür ihre Kuh verkaufen. Diese fehlt ihr jedoch dann bei der Produktion ihrer Güter. So treibt die Spekulation auf Nahrungsmittel jährlich Tausende von Menschen in die tödliche Spirale des Hungers. Würden unsere Banken und Konzerne endlich aufhören, mit dem Hunger der Menschen Profite zu generieren, könnte diese Spirale gestoppt und Menschenleben könnten gerettet werden. Darum Ja zur Spekulationsstopp-Initiative am 28. Februar!

¹ «Und ihnen wurde die Macht gegeben über ein Viertel der Erde, Macht, zu töten durch Schwert, Hunger und Tod und durch die Tiere der Erde.» (Offenbarung 6, 1–8)

KOMMENTAR



Mit dem Essen spielt man nicht!

Von der ETH über die Vereinten Nationen bis hin zur Weltbank: Einhellig wird die Ansicht vertreten, dass die verstärkte Spekulation mit Agrarrohstoffen zu kurzfristigen Preisblasen führt. Und diese haben verheerende Folgen sowohl für die Landwirtschaft wie insbesondere auch für den Zugang vieler Menschen zu lebensnotwendigen Grundnahrungsmitteln. Aus guten Gründen haben deshalb zahlreiche Organisationen und Staaten ihre Einschätzung zur Spekulation mit Nahrungsmitteln revidiert und Massnahmen dagegen ergriffen. Nicht aber die Schweiz – der Bundesrat sieht nach wie vor keinen Bedarf für eine Regulierung. Er verzichtet gar trotz vorhandener Gesetzesgrundlage darauf, in der Verordnung das minimale Instrument der Positionslimiten¹ umzusetzen. Das ist unverantwortlich und eines Landes unwürdig, dem als zentraler Rohstoff-Handelsplatz eine besondere Verantwortung zukommt.

Die «Spekulationsstopp-Initiative» gibt darauf die richtige Antwort: Sie will die kurzfristige Spekulation mit Lebensmitteln durch Banken, Versicherungsgesellschaften, Effektenhändler und Hedgefonds von der Schweiz verbieten. Nicht tangiert wird hingegen die volkswirtschaftlich sinnvolle Preisabsicherung an den Börsen. Terminkäufe von Produzenten, echten Handelsfirmen und Endverbraucherinnen sind weiterhin möglich.

Sagen wir Ja zum Spekulationsstopp, Ja zu fairen Preisen für die Landwirtschaft und Ja zum Kampf gegen Hunger!

¹ Festlegung einer Maximalmenge von Warenderivaten, die ein einzelner Handelsteilnehmer halten darf.

Pascale Bruderer Wyss von Nussbaumen
ist SP-Ständerätin.

Steuerpolitik ist auch Gesellschaftspolitik

Wir formen unsere Gesellschaft auch mittels Steuerpolitik. Das erfahren nicht zuletzt wir im Kanton Aargau momentan hautnah. Da wurden und werden immer noch die Steuern gesenkt für die Reichsten und die grossen Konzerne. Dafür werden Prämienverbilligungen, Bildungs- und Kulturangebote gestrichen, und die Legislative will auf ein griffiges Gesetz zur familienexternen Kinderbetreuung verzichten. Das trifft in erster Linie Kinder, Frauen und Familien und hat damit einen riesigen Einfluss auf Chancengleichheit und soziale Stellung. Bei Annahme der CVP-Initiative «Gegen die Heiratsstrafe» würden aber genau diese Familien nicht profitieren. Im Gegenteil, es ist zu befürchten, dass die Folgen der Steuerausfälle wieder zu ihren Lasten gingen.



Brigitte Ramseier von Rheinfelden ist politische Sekretärin der SP Aargau.

«Lasst uns aus Liebe heiraten wen wir wollen! Und lehnen wir diese Initiative ab!»

Traditionelle Rollenmuster und Entlastung von Familien

Die CVP gibt vor, mit dieser Initiative Ehepaare und Familien zu entlasten. So weit, so gut. Das wollen wir auch. Tatsächlich ist es so, dass die gemeinsame Besteuerung von Ehepaaren auf Bundesebene und in manchen Kantonen zu Benachteiligungen führt, damit Frauen von einer Berufstätigkeit abhält und traditionelle Rollenmuster zementiert. Einer der Gründe dafür ist die noch immer währende Lohnungleichheit zwischen den Geschlechtern. Das heisst, die Initiative für die Abschaf-

fung der so genannten Heiratsstrafe beseitigt zwar das Symptom der höheren Besteuerung von Ehepaaren durch Progression, aber nicht die Ursachen, die dieser zugrunde liegen. Die gerechteste mögliche Besteuerung kann nur mit der Individualbesteuerung und der Entlastung von Familien über Kindergutschriften oder höhere Kinderabzüge erreicht werden. Die Individualbesteuerung wäre allerdings nach Annahme der CVP-Initiative vom Tisch.

Reaktionäres Familienbild

Dass ausgerechnet die CVP mit der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) argumentiert, wenn sie die Festschreibung der Ehe als Gemeinschaft zwischen Mann und Frau verteidigt, ist blanker Hohn. Die EMRK tut das nämlich nicht. Art. 12 EMRK lautet: «Männer und Frauen im heiratsfähigen Alter haben das Recht, (...), eine Ehe einzugehen und eine Familie zu gründen.» Dies lässt bewusst offen, mit wem diese Ehe eingegangen werden kann. Ähnliches gilt für die Definition der Familie. Kennzeichnend dafür ist lediglich, dass mindestens zwei Generationen zusammenleben.

Wirtschaftsgemeinschaft

Zuletzt erlaube ich mir noch einen kleinen romantischen Einwand: Die CVP definiert die Ehe als «Wirtschaftsgemeinschaft zwischen Mann und Frau». Wollen wir nicht

eine Lebensgemeinschaft begründen, weil wir uns lieben?

Also, lasst uns aus Liebe heiraten – wen wir wollen! Und lehnen wir diese Initiative ab!

AGENDA

16. Februar, 1. und 15. März 2016
18 Uhr im Volkshaus Aarau,
Bachstrasse 43
Geschäftsleitungssitzung
der SP Kanton Aargau

28. Februar 2016
Abstimmungssonntag

8. März 2016, 19–21 Uhr,
Restaurant Rathausgarten, Aarau
Parteirat

12. März 2016, 10–14 Uhr
Grossratsgebäude Aarau
Kommunalpolitische Tagung
zum Thema Finanzausgleich und
Gemeindezusammenschlüsse

IMPRESSUM

SP Aargau, Bachstrasse 43,
Postfach, 5001 Aarau
Telefon 062 834 94 74
Fax 062 834 94 75
sekretariat@sp-aargau.ch
www.sp-aargau.ch
Erscheint 8 Mal pro Jahr
Auflage links.ag 3255
Redaktion: Katharina Kerr
katkerr@katkerr.ch

Redaktionsschluss für diese Ausgabe
18. Januar 2016
Redaktionsschluss nächste Ausgabe
22. Februar 2016
Erscheinen nächste Ausgabe
5. März 2016

An dieser Nummer haben mitgearbeitet: Sascha Antenen, Pascale Bruderer Wyss, Elisabeth Burgener Brogli, Stefan Dietrich, Dieter Egli, Samuel Frey (Bild Seite 14), Mia Kicki Gujer, Andreas Von Gunten, Urs Hofmann, Katharina Kerr, Brigitte Ramseier, Florian Vock, Cédric Wermuth.

ABSTIMMUNGEN VOM 28. FEBRUAR PAROLEN DER SP AARGAU

BUND

- | | |
|---|------|
| ■ CVP-Volksinitiative «Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe» | Nein |
| ■ SVP-Volksinitiative «Zur Durchsetzung der Ausschaffung krimineller Ausländer (Durchsetzungsinitiative)» | Nein |
| ■ JUSO-Volksinitiative «Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln!» | Ja |
| ■ Sanierung Gotthard-Strassentunnel (Zweite Tunnelröhre) | Nein |

KANTON

- | | |
|---|----|
| ■ Aargauische Volksinitiative (Alle Jungparteien, Freidenker und Piratenpartei): «Weg mit dem Tanzverbot» | Ja |
|---|----|